

Haushaltsrede von Oberbürgermeister Nico Morast im Rahmen der Sitzung des Gemeinderats am Dienstag, 16. Dezember 2025

- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
auch sehr geehrte Ortsvorsteher,
liebe Vertreter des Jugendgemeinderats,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der
Verwaltung,
verehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vertreter/innen der Presse,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

in vielerlei Hinsicht ist es kälter geworden in unserem
Land. Nicht nur temperaturmäßig draußen.

Die Wirtschaft hat sich merklich abgekühlt.

Wir stecken seit nunmehr drei Jahren in einer Rezession
und blicken mit Sorge auf die Steuerschätzungen für die
nächsten Jahre.

Die meisten Länder schwächeln, haben Probleme.

Auch Deutschland.

Wir haben in der Europäischen Union mit das niedrigste Wirtschaftswachstum.

Ich nehme auch eine soziale Kälte wahr, die sicherlich auch ein Ausfluss von Unsicherheit ist - und in nahezu allen Ländern den radikalen Parteien, mal rechts, mal links, hohen Zulauf beschert.

Auch mit Blick sowohl auf den anstehenden Winter als auch auf die Kommunalfinanzen in unserem Land ist festzustellen: Wir müssen uns warm anziehen in nächster Zeit.

Da es uns in diesem Jahr gelingt, den Haushalt noch vor Weihnachten zu verabschieden, kann man die Lage, um im Bilde zu bleiben, auch so zusammenfassen:

Bei den allermeisten Städten und Gemeinden in Deutschland brennt mit Blick auf die Haushalte der Baum. Auch Bretten ist da nicht außenvor.

Das alles hat auch nichts mit Jammern zu tun und genauso wenig ist es ein Anlass, den Kopf in den Sand zu stecken und sich dem Schicksal zu ergeben. Es ist mir aber dennoch wichtig, darauf hinzuweisen, dass es

ein massives strukturelles Problem gibt, das dazu führt, dass nahezu alle Kommunen ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen können.

Auf Dauer ist das eine verheerende Entwicklung, weil wir den Werteverzehr nicht erwirtschaften können – und somit künftige Generationen belasten.

Die Kommunalfinanzen sind maßgeblich von externen Faktoren abhängig ist, die wir kaum bis überhaupt nicht beeinflussen können.

Auf der Einnahmeseite sind wir zu 60 Prozent fremdbestimmt. Da wo wir etwas tun können, wie bei den Kindergartenbeiträgen, haben wir etwas getan, wenn auch schweren Herzens. An anderer Stelle wie bei der Gewerbesteuer müssen wir aus meiner Sicht Erhöhungen um jeden Preis vermeiden, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Ich bin aber nach wie vor der Überzeugung, dass wir weniger ein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem haben.

Zu den für uns nicht beeinflussbaren Faktoren gehören hier neben der Zinsentwicklung, der Zuwanderung und den hohen Tarifabschlüssen der vergangenen Jahre insbesondere die übertragenen Aufgaben durch Bund und Land, ohne eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen (Stichwort Konnexität).

Das Konnexitätsprinzip verlangt, dass Aufgaben und Finanzierung zusammengehören ("Wer bestellt, der bezahlt").

Doch bei uns bestellt der Bund oder das Land – und wir dürfen bezahlen. So einfach geht das! Leider.

Zwei Kennzahlen aus unserem aktuellen Haushaltsentwurf machen dies deutlich: Ich blicke auf die Zeit vor meinem Amtsantritt zurück: Die Zahl der Stellen hat sich innerhalb von 10 Jahren von 240 im Jahr 2014 auf rund 340 im Jahr 2025 erhöht, auch wegen gestiegener Aufgaben und Anforderungen.

Auch die Umlagen haben sich von 2016 bis heute von weniger als 20 auf nunmehr fast 40 Millionen Euro verdoppelt.

Allein 22 Millionen hiervon, und damit 4 Millionen Euro mehr als im Vorjahr, macht die Kreisumlage aus, was ganz deutlich zeigt: Der Sozialstaat, denn es sind insbesondere Aufgaben in diesem Bereich, die der Kreis für uns übernimmt, ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Dabei stand bereits 2017 im Gemeindefinanzbericht – und Steffen Jäger, der Präsident des baden-württembergischen Städtetags, hat es Mitte November bei der Mitgliederversammlung des Gemeindetags auch so zitiert: „Das Maß des Sozialstaats muss sich an der staatlichen Leistungsfähigkeit in steuerschwachen Jahren orientieren.“

Meine Damen und Herren, in diesen steuerschwachen Jahren sind wir hier in Bretten noch nicht einmal angekommen.

Mit Blick auf Werksschließungen und Verlagerungen können wir aktuell nur erahnen, was uns droht. Was wir aber auf jeden Fall wissen, ist, dass die Ausgaben in der Zwischenzeit unaufhörlich gestiegen sind, sei es für

Betriebskostenzuschüsse in den Bereichen Kinderbetreuung und ÖPNV oder für die bereits angesprochenen Personalkosten. Was die guten Steuereinnahmen der vergangenen Jahre noch einigermaßen kaschiert haben, tritt nun offen zutage: Die Einnahmen halten den Ausgaben nicht mehr Stand, auch weil durch Bund und Land immer noch mehr draufgesattelt wurde und wird.

Als Resultat dieser Entwicklung haben wir im Haushalt 2026 dieses Defizit von 8,16 Millionen Euro im Ergebnishaushalt und eine geplante Nettokreditaufnahme von 7,9 Millionen Euro. Zur Beruhigung tragen diese Zahlen nicht gerade bei.

Aber wir legen die Hände nicht in den Schoß und jammern. Wir alle sind gefordert, konkrete Lösungen zu suchen, um aus diesem Dilemma herauszukommen.

Und auch eines sage ich heute Abend offen und deutlich: Die 18,6 Millionen, die uns aus dem Investitionspaket zugesagt wurden, sind – so sie denn kommen – eine willkommene Unterstützung, um die ohnehin lange Liste nötiger Investitionen abzuarbeiten, ohne dass die Verschuldung ins Unermessliche steigt.

Deshalb beklage ich mich auch nicht darüber –
wenngleich sie für eine zusätzliche Wunschliste an das
Christkind kein Anlass sind. Ebenso klar ist aber auch,
dass diese Mittel kein einziges strukturelles Problem
lösen. Denn hierfür braucht es große und nachhaltige
reformbedingte Lösungen.

Zurück nach Bretten. Ich höre ja immer wieder, auch von
politischen Akteuren in unserer Stadt, dass wir so nicht
weitermachen können. Es müsse rigoros gespart
werden – beim Personal, bei den Leistungen, bei großen
Projekten.

Und vor allem: wir sollten denken und handeln wie ein
Unternehmen. Heißt es mitunter.

Mal ganz davon abgesehen, dass es sich beim
allergrößten Teil unserer Aufgabenerledigung um
Pflichtaufgaben handelt, die wir nicht nach Gutdünken
einstellen oder kürzen können, kann ich vor diesem
Vergleich nur warnen.

Die Finanzplanung einer Kommune ist in ihrem Kern
eine langfristige, verantwortungsvolle und
gemeinwohlorientierte Aufgabe. Ein Unternehmen richtet
seine Entscheidungen nach Gewinn, Marktchancen und

kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen aus. Es kann Produkte verändern, Preise anpassen oder ganze Geschäftsbereiche und Werke schließen. Wir erleben das ja alles gerade hautnah.

Wir als Stadt haben diese Spielräume nicht – und wir dürfen sie auch nicht haben. Unsere Planung folgt anderen Prinzipien: Sicherheit, Verlässlichkeit und die Pflicht zur Erfüllung unserer Aufgaben. Wir tragen Verantwortung für Leistungen, die nicht einfach ausgesetzt oder eingestellt werden können, nämlich für die Daseinsvorsorge. Unser sogenannte „Rendite“ bemisst sich nicht monetär, sondern in Form guter Lebensbedingungen für unsere Bürgerinnen und Bürger. Unsere Stellschrauben sind begrenzt – und sie treffen immer die Menschen in dieser Stadt.

Wir könnten Personal reduzieren oder zumindest Sorge tragen, dass es nicht stetig weiterwächst, was wir auch tun. Aber eben nur bis zu dem Punkt, an dem Leistungen noch verantwortungsvoll erbracht werden können.

Wir könnten Angebote kürzen, aber jeder Einschnitt hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wir könnten Gebühren und Steuern erhöhen, aber wir wissen, dass eine kurzfristige oder starke Belastung der Bevölkerung und der Wirtschaft keine nachhaltige Lösung ist.

Und gerade deshalb ist es so wichtig zu betonen:

Ein Wegfall wichtiger Aufgaben oder schnelle Gebührensteigerungen nur um der Einnahmen willen können niemals ein langfristig tragfähiger Lösungsweg sein.

Unsere Aufgabe ist es, klug, vorausschauend und verlässlich zu planen. Und besonders wichtig: Wir müssen dabei die Folgekosten unserer Entscheidungen und langfristige Stabilität im Blick behalten.

Die Menschen in unserer Stadt erwarten zurecht, dass die Stadtverwaltung Sicherheit schafft. Und genau diese Sicherheit und Verlässlichkeit entsteht nicht durch kurzsichtige und kurzatmige Sparmaßnahmen, sondern durch eine solide, langfristige Finanzplanung.

In diesem Spannungsfeld – zwischen begrenzten finanziellen Spielräumen und vielfältigen gesetzlichen sowie gesellschaftlichen Aufgaben – verabschieden wir heute unseren Haushalt. Es ist eine Aufgabe, die Umsicht erfordert, Verantwortung und einen klaren Blick für das, was unsere Stadt stärkt.

Ich kann es auch so sagen: Es wäre durchaus denkbar, hier heute einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Im Grunde müssten wir einfach nur bei den Freiwilligkeitsleistungen den Rotstift ansetzen und ordentlich streichen. Andere Städte sind aktuell in der misslichen Lage, dies tun zu müssen. Von einer „Liste des Grauens“ ist etwa in Karlsruhe die Rede.

Weil es eben richtig wehtut.

Wir könnten – um mal konkret zu werden – auch bei der Kultur sparen, bei Veranstaltungen wie „Bretten live“ oder „Sommer im Park“, bei der Vereinsförderung, bei der Ehrenamtsarbeit und bei unseren Sehenswürdigkeiten.

In genau den Bereichen, die unsere Stadt lebenswert machen und den sozialen Zusammenhalt gewährleisten. Andere Städte und Gemeinden tun jetzt aus der Not heraus genau das und steigen zum Beispiel aus gewachsenen bewährten Einrichtungen wie dem Kraichgau-Stromberg Tourismus e.V. aus.

Ich möchte davor warnen, solche mühsam erarbeiteten Errungenschaften aufs Spiel zu setzen. Sparen ist nötig, dort wo es sinnvoll und nachhaltig ist. Aber Sparen ist kein Selbstzweck. Langfristig kann der Schaden größer sein als der kurzfristige Nutzen.

Das gilt im Übrigen auch für die Investitionen im Finanzhaushalt, die im überwiegenden Teil wieder in den Bereich Schulen, Kindergärten und Bevölkerungsschutz fließen. Wir könnten das alles sein lassen oder auf die lange Bank schieben, dann bräuchten wir auch keine neuen Schulden aufnehmen. Schlau wäre das aber nicht, so viel ist sicher. Oder um es mit den Worten des früheren amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy zu sagen: „Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

Deshalb investieren wir weiter in eine gute Infrastruktur für Bretten und die Stadtteile, aber mit Maß und Ziel und im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten. 10,5 Millionen Euro sind 2026 eingeplant. Und wenn der Bund dann demnächst noch was dazugibt, umso besser.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist deutlich geworden: unsere finanziellen Mittel sind begrenzt. Daher ist es umso wichtiger, mit dem, was wir haben, gut zu wirtschaften.

Für Bretten heruntergebrochen heißt das:

- Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch umsetzbar. Es gilt, Prioritäten zu setzen. Nicht nur in gefälligen Worten, sondern in überzeugenden Taten.
- Die Entscheidung, die Gartenschau nicht durchzuführen, erweist sich mit Blick auf die Haushaltslage und die Herausforderungen als richtig. Wir wollen uns auf einige wenige Projekte konzentrieren, das dafür aber richtig. Mit der Sporgasse wollen wir im Januar anfangen (später mehr).

- Eine Aufgabenkritik, insbesondere bei den freiwilligen Aufgaben, ist notwendig. Wir haben bereits damit begonnen und wollen systematisch prüfen, wo sparen erforderlich ist und auch Sinn ergibt.

Hierbei gilt grundsätzlich ein sorgsamer und sparsamer Umgang mit Steuergeldern auch während der Bewirtschaftung des Haushalts.

Ich habe es bereits letztes Jahr gesagt:

Der Haushalt ist für mich ein Rahmen, den wir nicht ausschöpfen müssen. Maximal effizient wäre es, wenn wir alle Maßnahmen aus dem Haushalt umsetzen und alle Leistungen erbringen – und am Ende trotzdem nicht alle Mittel verbraucht wurden. Das muss das unser ambitioniertes Ziel sein.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

ich komme zum Schluss mit ein paar Kernaussagen, die mir noch wichtig sind.

- Wir leben in herausfordernden Zeiten und sind stark von externen Faktoren abhängig. Lassen Sie uns

gemeinsam eine starke Stimme für die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen sein. Dazu gehört, wo immer möglich auf das Ungleichgewicht im föderalen System hinzuweisen. Wir Städte und Gemeinden brauchen zuverlässige und auskömmliche Rahmenbedingungen, auch um die angegriffene Demokratie vor Ort verteidigen zu können. Kommunale Selbstverwaltung und Subsidiarität dürfen nicht zu hohlen Phrasen verkommen und wir Kommunalpolitiker und die kommunalen Gremien nicht zu bloßen Verwaltern der Not.

- Was unseren Haushalt für 2026 angeht, gilt: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Noch sind Spielräume vorhanden, innerhalb derer wir die Weichen für eine gute Zukunft stellen können. Lassen Sie uns das mutig und mit Weitblick tun.

Dazu gehört für mich zum Beispiel, keine zusätzlichen strukturellen Ausgaben zu schaffen, die uns in den drohenden steuerschwachen Jahren auf die Füße fallen. Dies gilt auch für die Personalstellen, die wir mit Augenmaß reduzieren.

Wir in Bretten haben etwas vorzuweisen, das nur ganz wenige Städte im Land vermelden können: Erstmals seit vielen Jahren sind im Haushalt 2026 weniger Stellen als im Vorjahr (- 7,6) vorgesehen. Das waren auch meine Bemühungen, die Personalkosten in Bretten nicht weiter ausufern zu lassen. Die rasante Kostensteigerung in den vergangenen Jahren, die uns finanziell schwer belasten, habe ich vorhin erwähnt.

- Und noch ein weiterer Punkt:

Wir sollten nicht mehr versprechen, als wir halten können. Das hat wesentlich mit dem Thema Vertrauen zu tun. In meiner ersten Haushaltsrede hier in Bretten habe ich Konrad Adenauer folgendermaßen zitiert:

„Ich halte es für sehr unklug in der Politik, nicht klar zu sagen, was man will, denn alle Erfolge in der Politik beruhen auf Vertrauen.“

Dieser Satz gilt weiter uneingeschränkt, wenngleich ich ergänzen möchte: Wir müssen auch klar sagen, was nicht geht. Auch diese Ehrlichkeit schafft Vertrauen. Und diese Ehrlichkeit und Offenheit, die in der großen Politik immer mehr vermisst wird, das

zeigen Umfragen, wird von uns Kommunalpolitikern zu Recht erwartet.

Zum Abschluss möchte ich noch allen danke sagen, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben – vor allem unserer Kämmerin, Nina Ruppender, und ihrem Team, namentlich insbesondere Andrea Bohmüller und Stefanie Gräther – sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, den Mitgliedern des Gemeinderats und nicht zuletzt Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürger, die mit Ihren Ideen und Ihrem Engagement dazu beitragen, dass wir stetig besser werden.

Unser Haushalt legt den Rahmen für 2026 fest. Lassen Sie uns gemeinsam anpacken, damit aus den Zahlen etwas Gutes für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger wird.

Kürzlich habe ich einen Satz des mittelalterlichen Theologen und Philosophen Thomas von Aquin gelesen, der vielleicht in weiser Voraussicht auf die Neuzeit und

die anstehenden Haushaltsjahre formuliert wurde: „Für Wunder muss man beten, für Veränderungen arbeiten.“

Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir uns in dieser Beziehung weniger auf Wunder, Gebete und Fürbitten konzentrieren, sondern aufs Arbeiten: Arbeiten für Veränderungen und für dauerhafte Erfolge.

Ich zähle dabei auf Sie und freue mich darauf, Bretten auch in schwierigen Zeiten gemeinsam mit Ihnen in eine gute Zukunft zu führen.

Ich bin gespannt auf die Haushaltsreden aus den Fraktionen und darauf, welche Schwerpunkt Sie setzen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!